

Kolumne, 18.02.2013
© Dr. Sabine Schiffer

Ein Film steht vor Gericht

Ein Urteil soll es am 28. März geben. Seit der Film „Water makes Money“ vor ca. zwei Jahren erstmalig ausgestrahlt wurde, gibt es Ärger. In Frankreich hat der sog. „Umweltservice“ Veolia Klage erhoben und auch Deutschland um Rechtshilfe ersucht, um die Macher des Films dingfest zu machen. Diesem Wunsch ist aber weder die deutsche Staatsanwaltschaft noch der deutsche Arm des Veolia-Konzerns nachgekommen – man hat auf die Verfolgung des Anliegens verzichtet.

Der Verlauf der Klage, die Verhandlung am 14. Februar diesen Jahres sowie das für bald in Aussicht gestellte Urteil stützt nun eher das Anliegen der Filmemacher. Der Wasserkonzern kommt kaum aus den negativen Schlagzeilen heraus. Ein lehrreiches Stück über kritischen Investigativjournalismus, Macht und Drohpotential von international operierenden Großunternehmen sowie nationaler Justiz und Pressefreiheit.

ARTE zeigte den Film im März 2011, obwohl der Konzern in Paris zu dem Zeitpunkt Klage wegen Verleumdung eingereicht hatte. Dies war bereits ein Stück Kampf um die journalistische Freiheit, jenseits von Einschüchterungsversuchen. Dass der Film, der die Privatisierungstendenzen in der Wasserpolitik ebenso kritisiert, wie das Geschäftsgebaren der involvierten Großkonzerne und die Bedrohung der Wasserversorgung für die Bevölkerung, provozieren würde – das war klar. Schließlich geht es um viel Geld und Marktanteile. Wie überall in der immer noch hoch gelobten Privatisierungslogik – man betrachte nur die aktuell laufenden Umstrukturierungen in Griechenland und Italien als Beispiele – wird auch bei der Grundversorgung im Dreischritt vorgegangen: private Investoren senken Standards, erhöhen Preise und schöpfen die Gewinne ab. Dass sich die Gewinner der Deals mit Kommunen und Ländern ungern die fettige Wurst vom dicken Brot nehmen lassen wollen, ist angesichts der enormen Gewinnmargen verständlich. Schließlich ist Wasser nicht nur ein in unseren Breiten unendlich scheinender Grundstoff, es wird auch immer gebraucht und bietet somit einen stets sicheren Absatzmarkt.

Der Prozess entwickelte sich anders, als es sich der Kläger vorgestellt hatte. Nicht nur der im Film Interviewte Jean-Luc Touly wiederholte seine Vorwürfe bzw. schilderte die Machenschaften des Konzerns bei Gericht, auch andere mit Insiderblick gaben bereitwillig Auskunft, so dass am Ende selbst die Staatsanwaltschaft der Klage nicht mehr folgen wollte. Eine Zensur von Textpassagen – etwa, als es um den Begriff „Korruption“ ging – war vom Tisch, ebenso wie die irrige Vorstellung, die Diskussion wieder einfangen zu können, die die Filmdokumentation ausgelöst hat.

Dies alles geschieht zudem in einem sensiblen Moment, wo mit der Kampagne right2water.eu eine groß angelegte Unterschriftenaktion gestartet wurde, um die Pläne zur Privatisierung von Wasser in der EU wieder auszuhebeln.

In der Tat werfen Film und Kampagne weitergehende Fragen auf – etwa, inwiefern Wasser überhaupt als Handelsware zu behandeln ist und der Zugang zu gesunden Grundnahrungsmitteln wie Trinkwasser nicht etwa ein Menschenrecht darstellt. Der Konzern Nestlé, der den Vertrieb von Wasser weltweit in großem Stil betreibt, war anscheinend klüger als Veolia. Man hat darauf verzichtet, den Dokumentarfilm „Bottled Life“ durch Klagen oder anderen Zensurversuche bekannter zu machen.